

\*

Nach anfänglichem Chaos beim Grenzübergang haben sich Österreich und Deutschland organisiert. Doch mit dem Winter wartet die nächste Herausforderung.

Von Toms Ancitis

Es ist Sonntagmorgen in Salzburg. Ein ungewöhnlich warmer Tag für November. Das Stadtzentrum ist voll mit Touristen. In den Cafés riecht es nach Latte Macchiato, die Kellner servieren die Kuchen. Es herrscht eine unbeschwertere und fröhliche Stimmung.

Nur einige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, in der Münchener Bundesstraße 54, ist das Wetter nicht weniger gut, doch die Atmosphäre komplett anders. Die Gesichter sind erschöpft, die Gespräche laut und nervös. In den Räumen ist die Luft stickig. Die rund 1500 Leute, die sich dort aufhalten, haben eine mehrwöchige Reise hinter sich. An diesem Ort, auf dem Gelände einer ehemaligen Autobahnmeisterei in Salzburg, befindet sich die Salzburger Hauptunterkunft für die Geflüchteten, die weiter nach Deutschland reisen. Genauer gesagt, laut der Terminologie der österreichischen Behörden – ist es ein »Transitquartier« für »Transitflüchtlinge«. In jedem Zelt in der alten Autobahnmeisterei stehen Hunderte Betten zur Verfügung. In den früheren Garagen der Autobahnmeisterei daneben wird das Essen und Kleidung verteilt.

Wie lange die Reisenden dort bleiben, hängt von der deutschen Polizei ab. »Die Herren für uns sind die Deutschen«, so ein freiwilliger Helfer. Die deutsche Polizei entscheidet, wie viele Flüchtlinge aus Salzburg pro Stunde aufgenommen werden. Abhängig davon halten sich die Flüchtlinge in der Autobahnmeisterei 24 bis 36 Stunden auf.

Eines der wichtigsten Dinge für die Flüchtlinge ist deshalb das Papierarmband, das jedem Neuankommenden in Salzburg gegeben wird. Immer zehn Personen kriegen ein gleichfarbiges Band. Dann wissen sie, wann sie in den Bus steigen müssen. Zudem ist es dadurch möglich in einer Gruppe zusammen mit Familienangehörigen nach Deutschland zu gelangen. Anhand des Armbandsystems werde Ordnung geschaffen. »Hätten wir kein solches System, hätten wir hier eine Drängerei«, sagt eine Helferin. So aber weiß jeder, wann er dran ist und muss sich keine Sorgen machen.

Die Armbänder werden nur von den freiwilligen Helfern verteilt. Weder die österreichische Polizei noch die Stadt Salzburg nehmen an diesem Prozess teil. Wenn Armbänder von den Behörden verteilt würden, könnte man das als Registrierungsakt ansehen. Das aber will Österreich verhindern.

»Aber das hier«, zeigt die Sprecherin der Stadt Salzburg Sabine Mozender auf eine Garage, die mit einem Zettel »Asyl Austria Only« markiert ist, »ist ein Raum für diejenigen, die sich als Asylbewerber in Österreich registrieren lassen wollen.« Warum sie es besonders betont, dass eine solche Möglichkeit besteht, ist klar: Österreich wird vorgeworfen, dass das Land auch diejenigen Flüchtlinge nach Deutschland schickt, die eigentlich in Österreich bleiben wollen. Wie viele der Flüchtlinge im »Transitquartier« wissen, dass es hier auch eine Stelle für die Registrierung und Asyl in Österreich gibt, bleibt unklar. Tatsache ist aber, dass zumindest an diesem Morgen niemand an der Registrierungsstelle ansteht.

Norbert Altenhofer, ein Beamter des Katastrophenschutzes der Landesamtsdirektion Salzburg und der Leiter der Einrichtung für die

Flüchtlinge, sagt, dass obwohl der Ablauf sich jetzt eingespielt hat, er dem kommenden Winter dennoch mit Sorgen entgegensehe: »Wir sind ein gut besuchtes Skigebiet und warten deshalb auf Schnee und wünschen uns viel Schnee. Aber für diese Art Transitquartiere wird er eine riesengroße Herausforderung. Die Zelte sind zwar geheizt und frostsicher, die Leitungen sind in der Erde vergraben. Aber trotzdem werden diese freundlichen Bilder wie heute, dass die Kinder hier draußen spielen, nicht mehr zu sehen sein und es wird sicherlich hart sein.«

*Die Armbänder werden nur von den freiwilligen Helfern verteilt. Weder die österreichische Polizei, noch die Stadt Salzburg nehmen an diesem Prozess teil. Wenn Armbänder von den Behörden verteilt würden, könnte man das als Registrierungsakt ansehen.*

Eine Menschenmenge hat sich auf der anderen Seite des Hofes gesammelt. Dort, wo gerade ein Bus angekommen ist, der die Flüchtlinge weiter zu ein paar Kilometer entfernten deutsch-österreichischen Grenze bringen wird.

Der Grenzübergang zwischen Salzburg und Freilassing ist seit einiger Zeit zweigeteilt. Über eine Brücke über die Salzach fließt der Autoverkehr. Ein Polizist sieht in die fahrenden Autos. Falls etwas Auffälliges bemerkt wird, wird das verdächtige Auto angehalten und die Dokumente überprüft.

Über die zweite Brücke, nur ein paar hundert Meter weit entfernt, gehen die Flüchtlinge zu Fuß. »Die nächste Gruppe, bitte«, ruft die deutsche Polizei von der anderen Seite der Salzach die österreichische Kollegen an. Dann gehen die Menschen los. Auf deutschem Boden werden sie von den Polizisten empfangen und durchsucht. »Alles wie bei einer ordentlichen Sicherheitskontrolle im Flughafen«, erklärt Rudolf Hoeser, ein Sprecher der Bundespolizei.

Rafula, ein 25-jähriger Syrer, ist einer, der gerade die Grenze zusammen mit anderen überquert. »Ich bin vor Taliban und Daesh geflohen«, sagt er. Seine Eltern seien in Syrien getötet worden. Warum ausgerechnet nach Deutschland? »Weil Deutschland gut ist. Jedem wird in Deutschland ein Zimmer zugeteilt. Da gibt es gute Krankenhäuser. Dort ist es alles gut.«

Syrer, Iraker und Afghanen sind die größten Gruppen unter den Angekommenen. Aber man trifft unter den Migranten die unterschiedlichsten Nationalitäten zum Beispiel vom afrikanischen Kontinent. Sallah, Redwan und Joussef, drei Jugendliche, kommen aus Marokko. Vor Krieg flüchten sie aber nicht, sie suchen Arbeit in Deutschland, weil in Marokko Arbeitslosigkeit herrsche, erklärt Sallah.

Über ihre Herkunftsländer werden die Menschen erst bei der Registrierung befragt. Die findet in einer früheren Möbelhalle in Freilassing statt, wohin die Flüchtlinge mit den Polizeibussen von der Grenze gebracht werden. Dort halten sich die Geflüchteten bis zu 24 Stunden auf, bis sie wieder mit Bussen zum Bahnhof gebracht werden und mit Sonderzügen bundesweit verteilt werden.

*Für die meisten Geflüchteten ist Österreich nur Transitland, sie wollen in die Bundesrepublik. Beim Grenzverkehr ist entgegen der anhaltenden Stimmungsmache mit Horrorszenarien von Chaos keine Spur mehr.*



## Gruppenweise über die Brücke

In der bayerisch-österreichischen Grenzregion erfüllen sich und enden Träume von Geflüchteten

Über die Brücke zwischen Braunau am Inn und Simbach am Inn laufen die Grenzübergänge mittlerweile sehr geordnet ab.

Foto: dpa/Peter Kneffel

Haben es Geflüchtete nach Bayern geschafft, sind viele nur vorerst in Sicherheit. Denn zum deutschen Asylsystem gehört auch die Abschiebung.

Von Rudolf Stumberger

Die Grenze zwischen dem bayerischen Simbach am Inn und dem österreichischen Braunau verläuft in der Mitte des Inns. Und genau hier standen im Oktober die Flüchtlinge auf der Brücke und warteten, bis sie die deutsche Bundespolizei einreisen ließ. Die Bilder füllten Zeitungsseiten und die Nachrichtensendungen im Fernsehen. An diesem Tag ist davon nichts mehr zu sehen. Die Innbrücke ist menschenleer, nur ab und zu passieren einige Pkw die Grenze. Auf deutscher Seite stehen zwei Bundespolizisten vor einem grünen Militärzelt und haben offensichtlich nichts zu tun.

Doch wo sind die »Ströme« von Asylbewerbern, die für manche den Untergang des Abendlandes bedeuten? Die Wahrheit ist, dass an der deutschen Grenze zu Österreich nach einigen Chaostagen längst wieder jene »Ordnung« herrscht, die nicht nur von CSU-Politikern in höchster Erregung gefordert wird. »Täglich kommen 2000 bis 2500 Flüchtlinge über die Grenze«, sagt Rainer Scharf, Pressesprecher der Bundespolizei in Rosenheim. Aber der Grenzübergang geschieht geordnet und die Flüchtlinge werden registriert. Eine der Routen ist die Bahnstrecke von Kufstein nach Rosenheim, die andere geht über die Saalbrücke bei Freilassing. Auf beiden Seiten der Grenze sorgen zahlreiche Beamte für Ordnung. So sind allein bei der Bundespolizei in Rosenheim 550 Bundespolizisten im Einsatz, hinzu kommen bis zu 700 Beamte der Bereitschaftspolizei sowie Zollbeamte. Die Bundeswehr leistet mit Bussen und bei der Registrierung der Asylbewerber Amtshilfe. Um Schleuser und illegale Grenzgänger aufzugreifen, kontrolliert die Bundespolizei in Grenznähe. Hinzu kommt dann noch die sogenannte Schleierfahndung der bayerischen Polizei.

Und grenznah ist auch das aktuelle zentrale Abschiebegefängnis für Bayern in Mühldorf am Inn, 40 Kilometer westlich der österreichischen Grenze gelegen. Es ist 11.30 Uhr, als sich im Flur eine kleine Schlange vor der Essensausgabe bildet: Meist jüngere Männer in grauer Anstaltskleidung. Vorne teilen die Justizbeamten das Mittagessen aus. Am heutigen Montag stehen Buletten, die in Bayern Fleischpflanzerl heißen, mit Kartoffelsalat auf dem Programm. Die meisten nehmen ihr Essen mit in die Gemeinschaftszellen, einige lassen sich in der großen Halle nieder. Früher, als die Justizvollzugsanstalt (JVA) in Mühldorf am Inn noch ein normaler Knast war, diente der Raum als Arbeitsbetrieb. Heute stehen hier zwei Tischtennisplatten und in einer Ecke ein paar Geräte für den Kraftsport. Hinter den vergitterten Fenstern ist der Stacheldraht zu sehen. Um die Häftlinge der JVA Mühldorf kümmert sich Bruder Dieter Müller vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst.

Einmal in der Woche fährt er von München aus in das rund 80 Kilometer entfernte Mühldorf am Inn. Das Gefängnis liegt in einem Gewerbegebiet, auf der anderen Straßenseite werben große Plakate für ein Spielcasino. Wer die JVA betritt, durchläuft die übliche Routine: Abgabe des Personalausweises und der Autoschlüssel an der Pforte, erst dann öffnet sich die zweite Tür der Sicherheitsschleuse in das Innere des Gebäudes. »Wir sind hier die einzigen, die eine Rechtsberatung machen«, sagt der 58-jährige Jesuit. Er verkörpert sozusagen die süd-

deutsche Außenstelle des 1980 gegründeten und in Berlin ansässigen Flüchtlingsdienstes, seine Aufgabe besteht in der Betreuung von Kirchenasylan und eben der Gefangenen in Abschiebehaft. Dort geht es auch um Seelsorge, vor allem aber um Rechtsbeistand. Um diesen müssen sich die Gefangenen selbst kümmern, wenn sie Rechtsmittel gegen die bevorstehende Abschiebung einlegen wollen. Bruder Müller und seine zwei ehrenamtliche Helfer sprechen mit den Flüchtlingen, prüfen, ob es sinnvoll ist, einen Rechtsanwalt einzuschalten. Ein bis dreimal pro Woche ist das der Fall. Der Flüchtlingsdienst der Jesuiten übernimmt die Kosten und versorgt die Gefangenen auch mit Telefonkar-

*Grenznah ist auch das aktuelle zentrale Abschiebegefängnis für Bayern in Mühldorf am Inn, 40 Kilometer westlich der österreichischen Grenze gelegen.*

ten, so dass sie Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen können. Besonders nahe gehen dem Seelsorger jene Fälle, bei denen die Betroffene Frau und Kinder hier haben.

Dass in der Mühldorfer JVA ausschließlich Abschiebegefängnisse untergebracht sind, ist erst seit zwei Jahren der Fall. Und beruht auf der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, wonach Abschiebegefängnisse nicht zusammen mit Kriminellen in normalen Gefängnissen untergebracht sein dürfen. Die Haftbedingungen sollen freizügiger sein. »Den Häftlingen geht es besser als früher«, ist dann auch das Urteil von Bruder Müller, auch wenn dies vor allem eine Folge der Rechtsprechung und nicht der politischen Einsicht sei.

So sind die Abschiebegefängnisse in Mühldorf meist in Gemeinschaftszellen untergebracht, die Türen stehen tagsüber offen. Einschluss ist von 19 bis 7 Uhr. Die Inhaftierten müssen Anstaltskleidung tragen, das liegt aber vor allem an der fehlenden Waschmöglichkeit für die zivile Kleidung. Der Fernseher in den Zellen ist kostenlos. Das ist in normalen Gefängnissen nicht so, in Stadelheim mussten die Gefangenen dafür an die 15 Euro pro Monat bezahlen, erinnert sich Bruder Müller. Doch trotz der Haftlockerung bleibt das Abschiebegefängnis ein Gefängnis. Der Hof für den Freigang ist mit Stacheldraht gesichert, die Zellenfenster vergittert, die Türen zu den Abteilungen abgesperrt.

24 Insassen zählt derzeit die JVA in Mühldorf, darunter eine Frau. Die durchschnittliche Verweildauer bis zur Abschiebung beträgt 21 Tage. Abschiebegefängnisse sind Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde und bei denen die Gefahr des Untertauchens angenommen wird. »In den 1990er Jahren«, so Bruder Müller, »wurde die gesetzliche Vorgabe, die Abschiebehaft nur als letztes Mittel einzusetzen, permanent unterlaufen.« So wurden in Berlin jährlich mehr als 5000 Flüchtlinge inhaftiert. Inzwischen hat sich die Situation durch die Rechtsprechung verbessert, seit 1. August 2015 muss die Fluchtgefahr auf »objektiven festgelegten Kriterien« beruhen. Die freilich, so die Kritik des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes, noch »überwiegend vage formuliert« seien und leicht zu Ungunsten des Betroffenen ausgelegt werden könnten. Jetzt seien die Gerichte gefragt, diese Kriterien in Einzelfällen auf die Probe zu stellen.